LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
16. Wahlperiode

Drucksache **16/6609**

21.08.2014

Große Anfrage 12

der Fraktion der FDP

Wirtschaftliche Schwäche Nordrhein-Westfalens überwinden – Mit Impulsen für Innovation, Investitionen und Qualifikation Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand nachhaltig stärken

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen stellt an sich selbst den Anspruch, Verantwortung für die Stärke und die Zukunftsfähigkeit des Landes zu übernehmen. In ihrer Koalitionsvereinbarung betonen die beiden die Regierung tragenden Parteien formal die Bedeutung einer starken Wirtschaft, nachhaltiger Staatsfinanzen und einer gesunden Infrastruktur. Sie sehen in Nordrhein-Westfalen einen leistungsfähigen Wirtschafts- und Innovationsstandort.

Einschlägige wirtschaftswissenschaftliche Studien und aktuelle Konjunkturdaten zeigen jedoch auf, dass Nordrhein-Westfalen unter einem Wachstumsdefizit leidet. Die Wirtschaftskraft unseres Bundeslandes ist vergleichsweise schwach ausgeprägt. Seit der Wiedervereinigung hat sich die Wirtschaft im Land deutlich schlechter als in den übrigen westdeutschen Bundesländern entwickelt. Von 1991 bis 2012 betrug die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate lediglich 0,9 Prozent - in Westdeutschland (ohne Berlin und Nordrhein-Westfalen) hingegen 1,3 Prozent. Werden dabei die einzelnen Jahre innerhalb dieses Zeitraums betrachtet, kann lediglich in den Jahren 2007 bis 2009 eine anhaltende Stärkephase konstatiert werden, in der das Wirtschaftswachstum Nordrhein-Westfalens über dem Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer (ohne Berlin und Nordrhein-Westfalen) lag.

Seit 2010 hat sich die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen erneut unterdurchschnittlich entwickelt. Die Wachstumsschwäche des Landes hat sich verfestigt. Aktuelle Entwicklungen lassen keinen Aufholeffekt erwarten. Im Gegenteil: Das Ifo-Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft Nordrhein-Westfalens ist im Mai 2014 im dritten Monat in Folge gesunken, wie die monatliche Umfrage des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt. Zwar sank der Ifo-Index im Mai auch in Deutschland insgesamt, allerdings weniger stark als in Nordrhein-Westfalen. Darüber hinaus war er im April bundesweit noch leicht gestiegen, in Nordrhein-Westfalen dagegen gesunken.

Auch innerhalb einzelner Wirtschaftssektoren macht sich die Schwäche Nordrhein-Westfalens bemerkbar. Das zeigen zum Beispiel die Kennzahlen der für die Konjunktur be-

Datum des Originals: 20.08.2014/Ausgegeben: 22.08.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

sonders relevanten Bauwirtschaft. Das Bauhauptgewerbe liegt beim Auftragseingang mit +7,4 Prozent bundesweit deutlich über dem bevölkerungsreichsten Bundesland (+5,7 Prozent). Auch die im ersten Quartal 2014 erreichten Umsätze liegen höher: +17,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bundesweit, lediglich +13,4 Prozent in Nordrhein-Westfalen. Als besonders schwerwiegend erweist sich dabei die Entwicklung des Wirtschaftsbaus. Während die Auftragseingänge in diesem Bereich mit einem Plus von einem Prozent in Nordrhein-Westfalen nahezu auf dem Niveau des Vorjahres stagnieren, konnte der Wirtschaftsbau bundesweit um mehr als zehn Prozent zulegen. Die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen investieren also deutlich weniger als in anderen Bundesländern, was ein klares Signal für geringes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Landesregierung ist.

Dieses Wachstumsdefizit hat konkrete Auswirkungen auf das Leben der Menschen: Der Wohlstand fällt geringer aus. Es gibt weniger Arbeitsplätze. Nordrhein-Westfalen hat nach Bremen die höchste Arbeitslosenquote in den alten Bundesländern. Die verfügbaren Einkommen der Menschen sind niedriger und die Steuerkraft des Landes ist schwächer. Das bedeutet, dass dem Land finanzielle Mittel für dringend erforderliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Innovationen fehlen.

Deshalb muss die Landesregierung endlich eine Strategie entwickeln und neue Impulse für wirtschaftliches Wachstum setzen. In der Praxis aber überzieht die Regierungskoalition in Nordrhein-Westfalen Wirtschaft und Wissenschaft mit neuer Regulierung wie dem Klimaschutzplan, einem industriefeindlichen Landesentwicklungsplan und einer Entmündigung der Hochschulen. Rot-Grün kommt mit dem Schuldenabbau nicht wie erforderlich voran und setzt falsche Prioritäten: Radwege statt Fernstraßen, Überförderung von Ökostrom statt Erhalt der Industrie, Umwälzung der Schullandschaft statt Qualität im Unterricht.

Die Landesregierung muss daher dringend eine Kurskorrektur vornehmen. Eine ihrer zentralen Aufgaben ist es, endlich tragfähige Konzepte für eine neue Wachstumsdynamik und eine damit einhergehende Verbesserung der Lebensumstände der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen zu entwickeln. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der unterdurchschnittlichen Einkommen der Menschen, der hohen Arbeitslosigkeit, der zu geringen Wirtschaftsleistung pro Kopf und der niedrigeren Steuerkraft je Einwohner wird eine Strategie zur Entfesselung der Wirtschaft, zum Abbau von bürokratischen Hürden und staatlichen Verkrustungen sowie zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit benötigt.

Vielfältige Anknüpfungspunkte für entsprechende Maßnahmen existieren bereits. Diverse Analysen sowohl der tiefergehenden Ursachen des nordrhein-westfälischen Wachstumsdefizits als auch verschiedener Handlungsoptionen und Strategieansätze liegen vor. Zu nennen sind beispielsweise das von der FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen beauftragte Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW Köln) "Marktwirtschaftliche Reformen in Nordrhein-Westfalen - Handlungsfelder für Fortschritt und Wachstum" oder die McKinsey-Studie "NRW 2020. Unser Land - unsere Zukunft".

Einigkeit besteht bei den vorliegenden Studien darin, dass die Wirtschaftsschwäche Nordrhein-Westfalens nicht an der Wirtschaftsstruktur des Landes liegt. Vielmehr werden eine Investitionsschwäche, eine Innovationsschwäche sowie eine unterdurchschnittliche Arbeitsplatzproduktivität innerhalb sämtlicher Wirtschaftssektoren konstatiert.

Für ein zielgerichtetes Gegensteuern benötigt Nordrhein-Westfalen demnach unter anderem eine Investitionsoffensive. Das Wirtschaftsförderinstrumentarium muss besser auf Wachstumsprojekte ausgerichtet werden. Fördermaßnahmen müssen außerdem professionell geplant und umgesetzt werden, so dass zur Verfügung gestellte Mittel nicht mehr verfallen, weil es der Landesregierung an entsprechender Kompetenz mangelt. Es wird ein konsequenter

Bau von Straßen anstelle eines ideologischen Baus von Radwegen benötigt. Und das Land muss sich als Anbieter von Versorgungssicherheit insbesondere durch fossile Kraftwerkskapazitäten etablieren.

Zur Beseitigung der Technologieschwäche muss eine Innovationsoffensive gestartet werden. Dafür müssen europäische Fördermittel stärker auf Innovationsprojekte und auf kleine und mittelständische Unternehmen konzentriert werden. Hochschulen und Betriebe sollten besser vernetzt und den Hochschulen Freiraum für Forschung und Lehre garantiert sowie mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Die Arbeitsproduktivität muss darüber hinaus durch eine Beschäftigungsoffensive erhöht werden. In Nordrhein-Westfalen gehen weniger Frauen und ältere Menschen einer Erwerbstätigkeit nach als in anderen Ländern, die Lebensarbeitszeit der Menschen ist insgesamt kürzer. Das Land muss deshalb mehr Tempo machen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, beispielsweise durch den Ausbau der Ganztagsangebote an allen Schulformen. Die Qualität der Bildung in Kitas, Schulen und Hochschulen muss gestärkt werden, vor allem bei der Sprachförderung und den sogenannten "MINT"-Fächern.

Nicht zuletzt benötigt Nordrhein-Westfalen dringend ein Umsteuern in Richtung einer soliden und zukunftsfesten Haushaltspolitik, die den immensen Schuldenberg sukzessive abträgt, anstatt ihn jedes Jahr weiter zu erhöhen. Erst wenn das Land sich endlich aus der Abhängigkeit von den Kapitalmärkten befreit, werden Freiräume für Zukunftsinvestitionen, Leistungsanreize und Wachstumsperspektiven geschaffen. Darüber hinaus ermöglicht eine solide Haushaltspolitik eine langfristig wachstumsfreundliche und faire Steuerpolitik, die Menschen und Unternehmen ermutigt, am Standort langfristig zu investieren.

Nordrhein-Westfalen braucht eine solide und verantwortungsvolle Haushaltspolitik, um attraktive Rahmenbedingungen für Wachstum und Wohlstand sowie Generationengerechtigkeit in der Finanzpolitik herzustellen. Um perspektivisch wieder Gestaltungsspielräume zu schaffen, ist die Rückführung der Schuldenlast des Landes die vordringlichste politische Aufgabe. Eine Politik, die weiterhin Verschuldung zulässt, ist unsozial, weil die immer weiter steigende Zinslast die für das Land verfügbaren Mittel reduziert. Sie geht zulasten notwendiger Zukunftsinvestitionen. Eine solche Politik ist auch nicht nachhaltig, da zukünftigen Generationen hohe Zins- und Tilgungslasten aufgebürdet werden.

Die Landesregierung beschreitet mit ihren Haushaltsgesetzen aber regelmäßig genau diesen unseriösen Weg einer Politik auf Pump und verstößt damit gegen die Generationengerechtigkeit. Dabei sind die Bedingungen für eine Konsolidierung des Landeshaushalts bei den aktuellen Rekordsteuereinnahmen denkbar gut.

Ab 2020 müssen nach Vorgabe des Grundgesetzes alle Bundesländer - und damit auch Nordrhein-Westfalen - ohne neue Schulden auskommen. Der Weg dorthin muss zeitnah eingeschlagen werden, damit eine sozialverträgliche Konsolidierung erfolgreich sein kann. Wird die Konsolidierung weiter verschleppt, müssen die Einschnitte in den späteren Jahren dann umso kräftiger erfolgen.

Die hier angesprochenen vorliegenden Ursachenforschungen müssen eingehend analysiert werden. Wachstumsstrategien und Handlungsoptionen sollten auf ihre Umsetzbarkeit überprüft und schnellstmöglich auf den Weg gebracht werden. Diese Aufgabe wird von der Landesregierung nicht konsequent wahrgenommen. Sie steht aber in der Verantwortung, durch entsprechende Impulse eine positive Entwicklung des Landes zu bewirken, Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Wohlstand nachhaltig zu stärken.

Analog zu den konkreten Vorschlägen etwa des IW Köln bietet sich eine Gliederung dieser Analyse in folgende Fragekomplexe an:

I. Wirtschaftliche Situation Nordrhein-Westfalens

II. Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen und Wirtschaftsförderung

III. Haushaltspolitik

IV. Bildung und Wissenschaft

V. Verkehr und Infrastruktur

VI. Energiepolitik

Eine detaillierte Befassung mit diesen Fragekomplexen soll einen Beitrag dazu leisten, die Ursachen des nordrhein-westfälischen Wachstumsdefizits weiter offenzulegen und Strategien für Wachstumsimpulse und Wohlstand zu erarbeiten.

Wir fragen die Landesregierung:

I. Wirtschaftliche Situation Nordrhein-Westfalens

1. Wie bewertet die Landesregierung das Wachstumsdefizit Nordrhein-Westfalens im Vergleich zum durchschnittlichen Wachstum der westdeutschen Bundesländer (ohne Berlin und Nordrhein-Westfalen) seit der Wiedervereinigung?

2. Wie hoch war das Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2013?

3. Wie hoch war das Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen jeweils jährlich seit dem Jahr 2005 bis zum Jahr 2012?

4. Wie hoch war das Wirtschaftswachstum im Regierungsbezirk Arnsberg im Jahr 2013?

5. Wie hoch war das Wirtschaftswachstum im Regierungsbezirk Arnsberg jeweils jährlich seit dem Jahr 2005 bis zum Jahr 2012?

6. Wie hoch war das Wirtschaftswachstum im Regierungsbezirk Detmold im Jahr 2013?

7. Wie hoch war das Wirtschaftswachstum im Regierungsbezirk Detmold jeweils jährlich seit dem Jahr 2005 bis zum Jahr 2012?

8. Wie hoch war das Wirtschaftswachstum im Regierungsbezirk Düsseldorf im Jahr 2013?

9. Wie hoch war das Wirtschaftswachstum im Regierungsbezirk Düsseldorf jeweils jährlich seit dem Jahr 2005 bis zum Jahr 2012?

10. Wie hoch war das Wirtschaftswachstum im Regierungsbezirk Köln im Jahr 2013?

11. Wie hoch war das Wirtschaftswachstum im Regierungsbezirk Köln jeweils jährlich seit dem Jahr 2005 bis zum Jahr 2012?

12. Wie hoch war das Wirtschaftswachstum im Regierungsbezirk Münster im Jahr 2013?

13. Wie hoch war das Wirtschaftswachstum im Regierungsbezirk Münster jeweils jährlich seit dem Jahr 2005 bis zum Jahr 2012?

14. Wie hoch war das Wirtschaftswachstum im Gebiet des Regionalverbandes Ruhr im Jahr 2013?

15. Wie hoch war das Wirtschaftswachstum im Gebiet des Regionalverbandes Ruhr jeweils jährlich seit dem Jahr 2005 bis zum Jahr 2012?

16. Wie hoch war das durchschnittliche Wirtschaftswachstum der westdeutschen Bundesländer (ohne Berlin und Nordrhein-Westfalen) im Jahr 2013?

17. Wie hoch war das durchschnittliche Wirtschaftswachstum der westdeutschen Bundesländer (ohne Berlin und Nordrhein-Westfalen) jeweils jährlich seit dem Jahr 2005 bis zum Jahr 2012?

18. Wie hoch war das gesamtdeutsche Wirtschaftswachstum im Jahr 2013?

19. Wie hoch war das gesamtdeutsche Wirtschaftswachstum jeweils jährlich seit dem Jahr 2005 bis zum Jahr 2012?

20. Welches Wirtschaftswachstum erwartet die Landesregierung in den fünf Regierungsbezirken sowie im Gebiet des Regionalverbandes Ruhr für 2014?

21. Welches Wirtschaftswachstum erwartet die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2014?

22. Welches durchschnittliche Wirtschaftswachstum erwartet die Landesregierung in den westdeutschen Bundesländern (ohne Berlin und Nordrhein-Westfalen) für das Jahr 2014?

23. Welches Wirtschaftswachstum erwartet die Landesregierung in Deutschland für das Jahr 2014?

24. Sieht die Landesregierung eine Perspektive, das relative Wachstumsdefizit in Nordrhein-Westfalen im Laufe dieser Legislaturperiode im Vergleich zu Gesamtdeutschland und zum Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer zu reduzieren oder ganz zu beseitigen?

25. Wenn ja: Wie? Wenn nein: Wieso nicht?

26. Sieht die Landesregierung eine Perspektive, das relative Wachstumsdefizit in Nordrhein-Westfalen in einer längerfristigen Sicht im Vergleich zu Gesamtdeutschland und zum Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer zu erhöhen?

27. Wenn ja: Wie? Wenn nein: Wieso nicht?

28. Welchen Zeitplan verfolgt die Landesregierung grundsätzlich, um das relative Wachstumsdefizit in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu Gesamtdeutschland und zum Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer zu reduzieren?

29. Wie hoch war die (staatliche plus private) Investitionsquote in Relation zur Wirtschaftsleistung in Deutschland (bitte insgesamt sowie im Durchschnitt ohne NRW) jeweils in den Jahren 2000 bis 2013 nach Erkenntnissen der Landesregierung?

30. Wie hoch war die Investitionsquote in Relation zur Wirtschaftsleistung in Nordrhein-Westfalen jeweils in den Jahren 2000 bis 2013?

31. Welche Investitionsquote erwartet die Landesregierung in Deutschland (bitte insgesamt sowie im Durchschnitt ohne NRW) im Jahr 2014?

32. Welche Investitionsquote erwartet die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2014?

33. Wie hoch war die staatliche Investitionsquote in Relation zur Wirtschaftsleistung in Deutschland (bitte insgesamt sowie im Durchschnitt ohne NRW) jeweils in den Jahren 2000 bis 2013 nach Erkenntnissen der Landesregierung?

34. Wie hoch war die staatliche Investitionsquote in Relation zur Wirtschaftsleistung in Nordrhein-Westfalen jeweils in den Jahren 2000 bis 2013?

35. Welche staatliche Investitionsquote erwartet die Landesregierung in Deutschland (bitte insgesamt sowie im Durchschnitt ohne NRW) im Jahr 2014?

36. Welche staatliche Investitionsquote erwartet die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2014?

37. Wie hoch war die private Investitionsquote in Relation zur Wirtschaftsleistung in Deutschland (bitte insgesamt sowie im Durchschnitt ohne NRW) jeweils in den Jahren 2000 bis 2013 nach Erkenntnissen der Landesregierung?

38. Wie hoch war die private Investitionsquote in Relation zur Wirtschaftsleistung in Nordrhein-Westfalen jeweils in den Jahren 2000 bis 2013?

39. Welche private Investitionsquote erwartet die Landesregierung in Deutschland (bitte insgesamt sowie im Durchschnitt ohne NRW) im Jahr 2014?

40. Welche private Investitionsquote erwartet die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2014?

41. Wie hoch war die private Brutto-Investitionsquote in Relation zur Wirtschaftsleistung in Deutschland (bitte insgesamt sowie im Durchschnitt ohne NRW) jeweils in den Jahren 2000 bis 2013 nach Erkenntnissen der Landesregierung?

42. Wie hoch war die private Brutto-Investitionsquote in Relation zur Wirtschaftsleistung in Nordrhein-Westfalen jeweils in den Jahren 2000 bis 2013?

43. Welche private Brutto-Investitionsquote erwartet die Landesregierung in Deutschland (bitte insgesamt sowie im Durchschnitt ohne NRW) im Jahr 2014?

44. Welche private Brutto-Investitionsquote erwartet die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2014?

45. Wie hoch waren die privaten Brutto-Investitionen in Relation zum entsprechenden Anlagevermögen in Deutschland (bitte insgesamt sowie im Durchschnitt ohne NRW) jeweils in den Jahren 2000 bis 2013 nach Erkenntnissen der Landesregierung?

46. Wie hoch waren die privaten Brutto-Investitionen in Relation zum entsprechenden Anlagevermögen in Nordrhein-Westfalen jeweils in den Jahren 2000 bis 2013?

47. Welche privaten Brutto-Investitionen in Relation zum entsprechenden Anlagevermögen erwartet die Landesregierung in Deutschland (bitte insgesamt sowie im Durchschnitt ohne NRW) im Jahr 2014?

48. Welche privaten Brutto-Investitionen in Relation zum entsprechenden Anlagevermögen erwartet die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen Jahr im 2014?

49. Wie hoch ist die Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen zum Stichtag 1. Juli 2014?

50. Wie hoch war die Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen jeweils jährlich zum Stichtag 1. Juli seit dem Jahr 2005 bis zum Jahr 2013?

51. Wie hoch ist die Arbeitslosenquote zum Stichtag 1. Juli 2014 jeweils differenziert nach den einzelnen Bezirken der Arbeitsagentur in Nordrhein-Westfalen?

52. Wie hoch war die Arbeitslosenquote jeweils jährlich zum Stichtag 1. Juli differenziert nach den einzelnen Bezirken der Arbeitsagentur in Nordrhein-Westfalen seit dem Jahr 2005 bis zum Jahr 2013?

53. Wie hoch ist die Arbeitslosenquote zum Stichtag 1. Juli 2014 in den anderen westdeutschen Flächenländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Baden-Württemberg und Bayern?

54. Wie bewertet die Landesregierung die Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu den genannten Ländern?

55. Wie hoch ist die Langzeitarbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen zum Stichtag 1. Juli 2014?

56. Wie hoch ist die Langzeitarbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen zu diesem Stichtag in den anderen westdeutschen Flächenländern?

57. Wie bewertet die Landesregierung die Langzeitarbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu den genannten Ländern?

58. Welche Regionen sind der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen bekannt, in denen sich ein unveränderter Sockel von Langzeitarbeitslosen gebildet hat?

59. Wie hoch ist die Jugendarbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen zum Stichtag 1. Juli 2014?

60. Wie hoch ist die Jugendarbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen zu diesem Stichtag in den anderen westdeutschen Flächenländern?

61. Wie bewertet die Landesregierung die Jugendarbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu den genannten Ländern?

62. Wie hoch ist die Unterbeschäftigungsquote in Nordrhein-Westfalen zum Stichtag 1. Juli 2014?

63. Wie hoch ist die Unterbeschäftigungsquote zu diesem Stichtag in den anderen westdeutschen Flächenländern?

64. Wie bewertet die Landesregierung die Unterbeschäftigungsquote in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu den genannten Ländern?

65. Sieht die Landesregierung regionale Unterschiede im Hinblick auf die Wirtschaftsleistung des Landes?

66. Falls ja: Wie sind diese Unterschiede zu begründen, und wie sollen sie abgebaut werden?

67. Welche Gründe sieht die Landesregierung für das überdurchschnittliche Wachstum Nordrhein-Westfalens in den Jahren 2007 bis 2009?

68. Wie viele Unternehmen wurden in Nordrhein-Westfalen in den Jahren 2012 und 2013 sowie im ersten Halbjahr 2014 neu gegründet?

69. Wie verteilen sich diese Unternehmen im Hinblick auf Regionen und Branchen bzw. Sektoren?

70. Wie viele dieser Gründungen wurden vom Land Nordrhein-Westfalen, vom Bund oder von der Europäischen Union gefördert? (bitte entsprechend aufschlüsseln)

71. Wie viele dieser Unternehmen haben ihren Geschäftsbetrieb zum Stichtag 1. Juli 2014 bereits wieder eingestellt?

II. Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen und Wirtschaftsförderung

72. Welche Defizite bei den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sieht die Landesregierung im Vergleich zu den anderen westdeutschen Flächenländern?

73. Teilt die Landesregierung die Einschätzung unter anderem des IW Köln, dass das Wachstumsdefizit in Nordrhein-Westfalen nicht an der Wirtschaftsstruktur des Landes liegt, sondern an einer flächendeckenden relativen Schwäche innerhalb der Wirtschaftssektoren?

74. Falls nein: Welche alternativen Erklärungsansätze hat die Landesregierung für die Wachstumsschwäche, und woher stammen diese?

75. Welche grundsätzliche Strategie verfolgt die Landesregierung im Bereich der Wirtschaftsförderung?

76. Über welche Instrumente der Wirtschaftsförderung verfügt die Landesregierung, bzw. auf welche Instrumente der Wirtschaftsförderung anderer staatlicher Ebenen kann sie - ggf. kofinanziert - zugreifen?

77. Welche konkreten einzelnen Maßnahmen zur Unterstützung erfahren Existenzgründer in Nordrhein-Westfalen?

78. Welche Finanzmittel stehen dafür im Einzelnen zur Verfügung?

79. Welche Instrumente wurden im Verlauf dieser Legislaturperiode wie und mit welchem jeweiligen Finanzvolumen eingesetzt?

80. Welche thematischen, regionalen oder sektoralen Schwerpunkte setzt die Landesregierung bei der Wirtschaftsförderung?

81. Welchen Anteil der europäischen Mittel zur regionalen Strukturförderung ("EFRE") plant die Landesregierung, im Bereich "Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation" einzusetzen?

82. Welchen Anteil der europäischen Mittel zur regionalen Strukturförderung ("EFRE") plant die Landesregierung, im Bereich "Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU" einzusetzen?

83. Welchen Anteil der europäischen Mittel zur regionalen Strukturförderung ("EFRE") plant die Landesregierung, im Bereich "Klimaschutz / Verringerung der CO_2-Emissionen" einzusetzen?

84. Wie definiert die Landesregierung "Breitbandinternet"?

85. Wie bewertet die Landesregierung die Verfügbarkeit von breitbandigen Zugängen zum Internet in Nordrhein-Westfalen insgesamt (bitte differenziert nach Geschwindigkeiten bis zu 1 Mbit/s, 2 MBit/s, 6 Mbit/s, 16 Mbit/s, 50 MBit/s, sowie über 50 Mbit/s)?

86. Wie bewertet die Landesregierung die Verfügbarkeit von breitbandigen Zugängen zum Internet in den Landkreisen und kreisfreien Städten in Nordrhein-Westfalen (bitte differenziert nach Geschwindigkeiten bis zu 1 Mbit/s, 2 MBit/s, 6 Mbit/s, 16 Mbit/s, 50 MBit/s, sowie über 50 Mbit/s)?

87. Sieht die Landesregierung durch unterschiedliche regionale Verfügbarkeit von breitbandigen Internetzugängen Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Regionen in Nordrhein-Westfalen?

88. Falls ja: Was unternimmt sie, um diese abzubauen?

89. Welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung bislang unternommen, um den Einsatz von EFRE-Mitteln für den Breitbandausbau zu ermöglichen?

90. Welche weiteren konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung zukünftig, um den Einsatz von EFRE-Mitteln für den Breitbandausbau zu ermöglichen?

91. Welche Landesmittel werden in jeweils welcher Höhe für unterschiedliche Maßnahmen der regionalen Strukturförderung eingesetzt?

92. Wie bewertet die Landesregierung vor dem Hintergrund des nordrhein-westfälischen Wachstumsdefizits Vorschläge, Wirtschaftsfördermittel inkl. EFRE-Mittel stärker auf die Förderung der Gründung von Hochtechnologieunternehmen sowie von Forschung und Entwicklung zu konzentrieren?

93. Welche entsprechenden Maßnahmen plant die Landesregierung in diesem Bereich?

94. Wie hoch waren die staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Nordrhein-Westfalen jeweils in den Jahren 2000 bis 2013?

95. Wie hoch sind die staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2014?

96. Mit welchen staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung in den Jahren 2015, 2016 und 2017 rechnet die Landesregierung?

97. Wie bewertet die Landesregierung die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung auf Bundesebene und welche Maßnahmen ergreift sie dahingehend?

98. Welche konkrete Strategie verfolgt die Landesregierung zur Stärkung der Wirtschaft und der Beschäftigung im Ruhrgebiet?

99. Welche konkrete Strategie verfolgt die Landesregierung zur Stärkung der Wirtschaft und der Beschäftigung in den anderen Teilen des Landes?

100. Welche Ausgründungen hat es seit dem Jahr 2005 an den einzelnen (Fach-) Hochschulen des Landes gegeben?

101. Welche Spin-offs haben die Anfangsphase bis heute überlebt?

102. Wie unterstützt die Landesregierung Unternehmensgründungen im Allgemeinen (bitte nach Förderinstrumenten aufschlüsseln)?

103. Wie unterstützt die Landesregierung Unternehmensgründungen im hochtechnologischen Bereich?

104. Wie unterstützt die Landesregierung Unternehmensgründungen im Bereich der digitalen Wirtschaft?

105. Existieren Überlegungen seitens der Landesregierung, das Förderinstrumentarium für Unternehmensgründungen zu optimieren?

106. Wenn ja: Welche?

III. Haushaltspolitik

107. Wie hoch ist der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte in Nordrhein-Westfalen zum Stichtag 1. Juli 2014 insgesamt?

108. Wie hoch ist der Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen zum Stichtag 1. Juli 2014?

109. Wie hoch ist der Schuldenstand jeder einzelnen Kommune in Nordrhein-Westfalen zum 1. Juli 2014?

110. Wie hat sich der Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen jeweils jährlich seit dem Jahr 2005 bis zum Jahr 2013 entwickelt?

111. Wie hat sich der Schuldenstand jeder einzelnen Kommune in Nordrhein-Westfalen jeweils jährlich seit dem Jahr 2005 bis zum Jahr 2013 entwickelt?

112. Welcher Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen wird jeweils jährlich bis zum Jahr 2020 prognostiziert?

113. Welcher Schuldenstand jeder einzelnen Kommune in Nordrhein-Westfalen wird jeweils jährlich bis zum Jahr 2020 prognostiziert?

114. Wie hoch ist die kumulierte Netto-Neuverschuldung Nordrhein-Westfalens seit Beginn dieser Legislaturperiode?

115. Wie hoch ist die kumulierte Netto-Neuverschuldung Nordrhein-Westfalens seit Beginn der 15. Wahlperiode?

116. Welche Zinszahlungen sind seit Beginn dieser Legislaturperiode im Landeshaushalt angefallen?

117. In welcher Höhe wird die Landesregierung in den Jahren 2014, 2015, 2016 und 2017 voraussichtlich Zinszahlungen leisten müssen?

118. Von welchem Zinsniveau geht die Landesregierung für neu aufzunehmende Kredite in den Jahren 2014 bis 2017 aus?

119. Von welchem durchschnittlichen Zinssatz geht die Landesregierung für den bestehenden Schuldenstand in den Jahren 2014 bis 2017 aus?

120. Welche Vorsorge trifft die Landesregierung für den Fall steigender Zinsen?

121. Welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung unternommen, um die Verschuldungssituation Nordrhein-Westfalens zu verbessern?

122. Welche konkreten strukturellen Einsparungen hat die Landesregierung seit dem Haushalt 2013 realisiert?

123. Welche Ausgabenposten im Landeshaushalt definiert die Landesregierung als Subventionen (bitte detaillierte Auflistung jeder einzelnen Subvention und ihrer aktuellen Höhe)?

124. Welcher Mechanismen bedient sich die Landesregierung, um die Notwendigkeit, Effektivität und Effizienz dieser Subventionen zu überprüfen?

125. Welche konkreten Subventionen mit jeweils welchem Finanzvolumen hat die Landesregierung seit Beginn der Legislaturperiode reduziert oder abgebaut?

126. Welche konkreten Subventionen mit welchem Finanzvolumen sind seit Beginn der Legislaturperiode neu hinzugekommen?

127. Hält die Landesregierung an ihrem in der Koalitionsvereinbarung niedergelegten Plan fest, "massiv darauf [zu] drängen", dass auf Bundesebene eine Vermögensteuer wieder eingeführt wird?

128. Welche konkreten Initiativen wird sie dahingehend ergreifen?

129. Hält die Landesregierung an ihrem in der Koalitionsvereinbarung niedergelegten Plan fest, "massiv darauf [zu] drängen", dass auf Bundesebene der Spitzensteuersatz erhöht wird?

130. Welche konkreten Initiativen wird sie dahingehend ergreifen?

131. Hält die Landesregierung an ihrem in der Koalitionsvereinbarung niedergelegten Plan fest, "massiv darauf [zu] drängen", dass auf Bundesebene eine Finanztransaktionssteuer eingeführt wird?

132. Welche konkreten Initiativen wird sie dahingehend ergreifen?

133. Mit welchen entsprechenden Mehreinnahmen auf Landesebene rechnet sie durch obige Maßnahmen jeweils?

134. Welche negativen Effekte und finanziellen Belastungen sieht die Landesregierung in diesen Maßnahmen und nimmt sie für deren Umsetzung in Kauf?

135. Wie konkret manifestiert sich "massives Drängen" im bisherigen und zukünftigen Regierungshandeln der Landesregierung?

136. Welchen Pfad zum Abbau des Defizits plant die Landesregierung, mit Blick auf die verfassungsrechtlich vorgegebene Schuldenbremse einzuschlagen?

137. Plant die Landesregierung eine Initiative zur Übernahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung oder ins Landesrecht?

138. Wenn ja: In welcher konkreten Ausgestaltung?

139. Wenn nein: Was spricht dagegen?

140. Wie bewertet die Landesregierung die Einführung eines automatischen und verbindlichen Sanktionsmechanismus bei Verstößen gegen die Schuldenbremse?

141. Was bedeutet die Schuldenbremse konkret für die Situation der Kommunalfinanzen in Nordrhein-Westfalen?

142. Mit welchem Rückgang der Steuereinnahmen rechnet die Landesregierung, wenn die wirtschaftliche Entwicklung sich um einen halben Prozentpunkt schlechter darstellt als in der Finanzplanung des Landes unterstellt?

143. Mit welchem Rückgang der Steuereinnahmen rechnet die Landesregierung, wenn die wirtschaftliche Entwicklung sich um einen Prozentpunkt schlechter darstellt als in der Finanzplanung des Landes unterstellt?

144. Mit welchem Rückgang der Steuereinnahmen rechnet die Landesregierung, wenn die wirtschaftliche Entwicklung sich um zwei Prozentpunkte schlechter darstellt als in der Finanzplanung des Landes unterstellt?

145. Wie haben sich die Steuereinnahmen des Landes seit 2012 monatlich bis zum aktuellen Rand entwickelt (absolut und prozentual)?

146. Welche monatliche Entwicklung der Steuereinnahmen - eine stetige Entwicklung der Steuereinnahmen unterstellt - hätte im Jahr 2014 eintreten müssen, um die Haushaltsplanung zu treffen (absolut und prozentual)?

147. Wie hoch sind bis heute die bisherigen finanziellen Lasten für das Land durch das Scheitern der ehemaligen WestLB und ihrer Nachfolger gewesen?

148. Wie hoch sind die zukünftig noch zu erwartenden finanziellen Lasten aus der ehemaligen Geschäftstätigkeit der WestLB für das Land, bis alle Lasten vollständig abgewickelt sind?

149. Wann und in welcher Höhe ist für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung jeweils jährlich eine Risikovorsorge für die Lasten der ehemaligen WestLB vorgesehen?

150. Wann und jeweils in welcher Höhe wurde in der Vergangenheit eine Risikovorsorge für die Lasten der WestLB im Haushalt getroffen?

151. Wie bewertet die Landesregierung die Forderung der Deutschen Bundesbank nach Risikopuffern in Landeshaushalten, um durch die Schuldenbremse nicht an finanzieller Handlungsfähigkeit zu verlieren?

152. Die Grunderwerbsteuer wurde von der rot-grünen Landesregierung zum 1. Oktober 2011 von 3,5 Prozent um 1,5 Prozentpunkte auf 5 Prozent erhöht. Wie hat sich seit dem Jahr 2008 die Anzahl der der Besteuerung zugrunde liegenden Kauf- und Verkaufsvorgänge von Grundstücken im Sinne des bürgerlichen Rechts (§§ 873 ff. BGB) entwickelt?

153. Wie haben sich seit dem Jahr 2008 die Kaufpreise von Immobilien in den nordrhein-westfälischen Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern entwickelt?

154. Wie haben sich seit dem Jahr 2008 die Mieten in den nordrhein-westfälischen Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern entwickelt?

155. Plant die Landesregierung eine erneute Erhöhung der Grunderwerbsteuer?

156. Wenn ja, wie hoch würde eine Erhöhung ausfallen?

157. Sieht die Landesregierung - unter anderem wegen der negativen Auswirkung auf Kaufpreise und Mieten - eine faktische Höchstgrenze für einen Grunderwerbsteuersatz?

158. Wie berücksichtigt die Landesregierung bei ihren Entscheidungen über Steuererhöhungen mögliche Auswirkungen einer Grunderwerbsteuererhöhung auf die Kaufpreise für Immobilien in Ballungsgebieten?

159. Wie berücksichtigt die Landesregierung bei ihren Entscheidungen über Steuererhöhungen mögliche indirekte Auswirkungen einer Grunderwerbsteuererhöhung auf die Mieten für Immobilien in Ballungsgebieten?

160. Welche Kosten sind dem Land direkt und indirekt durch das sogenannte Effizienzteam und seine Arbeiten bis heute entstanden?

161. Welche strukturellen Einsparungen wurden durch das sogenannte Effizienzteam vorgeschlagen?

162. Wie groß ist der hieraus jeweils jährlich bislang und zukünftig resultierende Einspareffekt?

163. Welche vorgeschlagenen Maßnahmen des sogenannten Effizienzteams wurden von der Landesregierung einerseits umgesetzt und anderseits nicht weiterverfolgt?

164. Wie hoch sind die Globalen Mehreinnahmen in der Finanzplanung und im aktuellen Eckwertebeschluss bis 2018?

165. Wie gedenkt die Landesregierung, die Globalen Mehreinnahmen zu erbringen?

166. Welche weiteren Bundesländer haben Globale Mehreinnahmen im Haushalt 2014 etatisiert und wie begründen sie diese?

167. Welche Höhe haben die Globalen Mehreinnahmen in den anderen Bundesländern (wo vorhanden) für das Haushaltsjahr 2014 und die jeweils gültige Finanzplanung?

168. Wann wurden eventuell vorhandene Globale Mehreinnahmen in anderen Bundesländern für das Haushaltsjahr 2014 für den zuständigen Ausschuss beziehungsweise das zuständige parlamentarische Gremium konkretisiert?

169. Wie wurden eventuell vorhandene Globale Mehreinnahmen in anderen Bundesländern für das Haushaltsjahr 2014 konkretisiert?

IV. Bildung und Wissenschaft

170. Wie hoch ist der Anteil der in der Tagespflege und in Kindertageseinrichtungen betreuten Kinder unter drei Jahren an allen Kindern dieser Altersgruppe in Nordrhein-Westfalen?

171. Wie hoch ist dieser Anteil in Gesamtdeutschland?

172. Strebt die Landesregierung eine Erhöhung der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren an?

173. Wenn ja: In welcher Höhe, und welche entsprechenden Maßnahmen ergreift sie dazu?

174. Wie hoch ist der Anteil der in der Tagespflege und in Kindertageseinrichtungen betreuten Kinder über drei bis sechs Jahren an allen Kindern dieser Altersgruppe in Nordrhein-Westfalen?

175. Wie hoch ist dieser Anteil in Gesamtdeutschland?

176. Strebt die Landesregierung eine Erhöhung der Betreuungsplätze für Kinder über drei bis sechs Jahren an?

177. Wenn ja: In welcher Höhe, und welche entsprechenden Maßnahmen ergreift sie dazu?

178. Welche einzelnen Maßnahmen will die Landesregierung ergreifen, um neben dem quantitativen Ausbau der Betreuungsplätze auch die Qualität der Angebote zu stärken?

179. Welche Strategie verfolgt die Landesregierung beim Ausbau der Ganztagsangebote insgesamt?

180. Inwieweit unterscheidet diese Strategie quantitativ beziehungsweise gegebenenfalls qualitativ zwischen dem Elementar- (bitte differenzieren nach U3- und Ü3- Betreuung), dem Primar- und dem Sekundarbereich?

181. Welche einzelnen Maßnahmen will die Landesregierung ergreifen, um neben dem quantitativen Ganztagsausbau an Schulen auch die Qualität des Ganztagsangebots zu verstärken?

182. Welche Maßnahmen will die Landesregierung ergreifen, um im Rahmen des offenen und des gebundenen Ganztagsangebots auch die Möglichkeiten zu erweitern, damit Bildungs- und Betreuungsangebote an Schulen zeitlich früher beginnen bzw. sich weiter in den späten Abend sowie verstärkt in Ferienzeiten hinein erstrecken können, wie dies viele Eltern wünschen?

183. Ist die Landesregierung grundsätzlich der Ansicht, dass von einem Ausbau der Ganztagsbetreuung im vorschulischen Bereich sowie der schulischen Ganztagsangebote ein Impuls für eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen ausgehen kann?

184. Wie hoch ist die Frauenerwerbsquote in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu derer in den anderen Bundesländern?

185. Welche Schlüsse zieht die Landesregierung aus der Frauenerwerbsquote in Nordrhein-Westfalen?

186. Inwieweit und in welchem Umfang hält die Landesregierung eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote für erstrebenswert?

187. Mit welchen konkreten Maßnahmen bzw. Anreizen will die Landesregierung eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote bis wann genau erreichen?

188. Welche konkrete Strategie verfolgt die Landesregierung, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Nordrhein-Westfalen zu verbessern?

189. Wie entwickeln sich in Nordrhein-Westfalen differenziert nach Geschlecht die Zahlen zur Elternzeit?

190. Nordrhein-Westfalen hat beim Kompetenzvergleich in der IQB-Vergleichsstudie zu mathematischen und naturwissenschaftlichen Kenntnissen im Vergleich der Bundesländer ausgesprochen schlecht abgeschnitten. Welche einzelnen Ursachen für das schlechte Abschneiden von Schülerinnen und Schülern in Nordrhein-Westfalen sieht die Landesregierung?

191. Wie hoch sind die Abbrecherquoten in den sogenannten MINT-Studiengängen an den Hochschulen Nordrhein-Westfalens? (Angaben bitte differenziert nach Universitäten und Fachhochschulen sowie differenziert nach Geschlecht)

192. Warum sind die Studienabbrecherquoten aus Sicht der Landesregierung insbesondere im MINT-Bereich hoch?

193. Wie können diese konkret bis wann gesenkt werden?

194. Welche Möglichkeiten zur Förderung technischer Kenntnisse bzw. Fähigkeiten bestehen gegenwärtig an den unterschiedlichen Schulformen?

195. Welche Maßnahmen will die Landesregierung konkret ergreifen, um diese Möglichkeiten auszuweiten?

196. Wie soll insbesondere die MINT-Förderung an den beruflichen Schulen gestärkt werden?

197. Wie will die Landesregierung die Kenntnisse der Schülerinnen und Schüler insgesamt im Bereich der Informatik stärken?

198. Welche Maßnahmen will die Landesregierung ergreifen, um der Problematik des fachfremden Unterrichts im MINT-Bereich entgegenzuwirken?

199. Will die Landesregierung die Lehrerfortbildung im MINT-Bereich ausweiten? Wenn ja: Wie?

200. Welche Maßnahmen will die Landesregierung ergreifen, um in den einzelnen vom IQB überprüften Bereichen die Zahl der Risikoschülerinnen und -schüler zu senken?

201. Welche Maßnahmen will die Landesregierung für die Kinder und Jugendlichen ergreifen, um besondere Begabungen und herausragende Talente besser zu fördern?

202. Welche konkreten Maßnahmen will sie ergreifen, um die Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern in den unterschiedlichen vom IQB analysierten Kompetenzfeldern insgesamt zu erhöhen?

203. Welche Strategie verfolgt die Landesregierung, um die durchgängige Sprachförderung in Kindertagesstätten sowie in Schulen auszubauen?

204. Wie verteilen sich die bereits heute für Sprachförderung in Schulen bereitgestellten Stellen auf die einzelnen Schulformen?

205. Welche Änderungen sind diesbezüglich geplant?

206. Welche Maßnahmen will die Landesregierung ergreifen, um hierbei insbesondere auch die mehrsprachigen Potentiale von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund besser zur Entfaltung zu bringen?

207. Welche Maßnahmen will die Landesregierung generell ergreifen, um Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund besser zu fördern?

208. Wie hat sich in den vergangenen zehn Jahren jeweils die Zahl der Kinder entwickelt, die vorzeitig eingeschult wurden?

209. Welche Maßnahmen will die Landesregierung ergreifen, um die Zahl der Klassenwiederholungen ohne Anspruchsreduzierung zu senken?

210. Wie bewertet die Landesregierung den Modellversuch "Komm mit! Fördern statt Sitzenbleiben", und welche Konsequenzen ergeben sich aus der Bewertung für das Regierungshandeln?

211. Welche Maßnahmen will die Landesregierung ergreifen, um ohne Anspruchsreduzierung die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss zu senken?

212. Welche finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten bzw. Zuständigkeiten bestehen gegenwärtig für Schulleitungen?

213. Plant die Landesregierung die Umsetzung weiterer Schritte, die den Gestaltungsspielraum der Schulleitungen stärken werden? Wenn ja: Welche?

214. Wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass das Durchschnittsalter von Absolventen nach dem Erststudium in Nordrhein-Westfalen überdurchschnittlich hoch ist?

215. Welche konkreten Verbesserungen der Wissenschaft sowie der Innovationsfähigkeit verspricht sich die Landesregierung vom sogenannten "Hochschulzukunftsgesetz"?

216. Hat sie die flächendeckende Kritik sowohl aus dem Hochschul- bzw. Wissenschaftsbereich als auch aus der Wirtschaft zur Kenntnis genommen?

217. Wie bewertet sie diese Kritik im Einzelnen?

218. Hält die Landesregierung eine finanzielle Stärkung der Hochschulen in Nordrhein-Westfalen für erstrebenswert?

219. Wenn ja: Welche konkreten Maßnahmen ergreift sie dafür?

220. Welche konkreten Maßnahmen regt die Landesregierung an, um verstärkt ausländische Studenten für nordrhein-westfälische Universitäten anzuwerben?

221. Ist der Landesregierung der Bericht "Lebensverdienste nach Qualifikation: Bildung lohnt sich ein Leben lang." des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) von Januar 2014 bekannt?

222. Wie bewertet die Landesregierung die Erkenntnis, dass der durchschnittliche Lebensverdienst bei Absolventen einer Universität rund eine Million Euro und bei Absolventen einer Fachhochschule rund 700.000 Euro höher liegt als bei Menschen mit einer Berufsausbildung?

223. Ist die Landesregierung der Ansicht, dass diese sogenannten Bildungsprämien auch stärker zur Finanzierung von Hochschulen herangezogen werden sollten?

224. Wenn ja, warum und mit welchen Maßnahmen?

225. Wenn nein, warum nicht?

226. Welche konkrete Strategie verfolgt die Landesregierung bei der Ausbildung sowie der Anwerbung von Fachkräften?

227. Wie bewertet die Landesregierung die auf Bundesebene geplante Absenkung des gesetzlichen Renteneintrittsalters im Hinblick auf die demographische Entwicklung?

228. Wie bewertet die Landesregierung die auf Bundesebene geplante Absenkung des gesetzlichen Renteneintrittsalters im Hinblick auf die damit verbundenen direkten und indirekten Kosten?

V. Verkehr und Infrastruktur

229. Wie haben sich in Nordrhein Westfalen nach den Ergebnissen der letzten Zustandserfassung Gebrauchswert und Substanzwert für das Autobahn-, Bundesstraßen- und Landesstraßennetz sowie der entsprechenden Bauwerke und Brücken in Nordrhein-Westfalen verändert und wie beurteilt die Landesregierung die Entwicklung des Erhaltungszustandes?

230. Wie stellt sich der Erhaltungszustand der Autobahnen, der Bundesstraßen und der Landesstraßen in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Bundesländern dar?

231. Wie hoch sind der finanzielle Nachholbedarf und der jährliche Erhaltungsbedarf für den angestrebten Erhaltungszustand der Autobahnen, Bundesstraßen und Landesstraßen in Nordrhein-Westfalen?

232. Wie hoch müssten die Investitionen in die Erhaltung der Autobahnen, Bundesstraßen und Landesstraßen in Nordrhein-Westfalen sein, damit sich deren Zustand mittelfristig nicht weiter verschlechtert?

233. Welche finanziellen Mittel wurden seit 2010 jährlich in den Erhalt und den Ausbau des Bundesfernstraßennetzes und des Landestraßennetzes in Nordrhein-Westfalen investiert?

234. Welche finanziellen Mittel sollen bis 2017 in den Erhalt und den Ausbau des Bundesfernstraßennetzes in Nordrhein-Westfalen investiert werden?

235. Für welche Bedarfsplanmaßnahmen des Bundes strebt die Landesregierung bis zum Ende der Legislaturperiode einen Planfeststellungsbeschluss an?

236. Welche Folgerungen zieht die Landesregierung daraus, dass 2013 rund 40 Mio. Euro Bundesmittel für den Bundesfernstraßenbau nicht verbaut werden konnten?

237. Welche Vorsorge trifft das Land, künftig sämtliche vom Bund bereitgestellten Investitionsmittel für die Bundesfernstraßen in Nordrhein-Westfalen verbauen zu können und ggf. im länderübergreifenden Mittelausgleich sogar zusätzlich Umschichtungsmittel zu erhalten?

238. Wird das Land bis zum Ende der Legislaturperiode sämtliche vom Bund bereitgestellten Investitionsmittel für die Bundesstraßen in Nordrhein-Westfalen verbauen können? Wenn nein, wie hoch sind die jährlichen Mittel, die nicht abgerufen werden können?

239. Welche vom Bund bereitgestellten Investitionsmittel für die Bundesstraßen in Nordrhein-Westfalen konnten jeweils in den Jahren 2011, 2012 und 2013 nicht verbaut werden?

240. Wie hoch sind nach derzeitiger Finanzplanung die Mittel, die das Land bis zum Ende der Legislaturperiode in den Landesstraßenbau investieren will? (bitte differenzieren nach Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen, Um- und Ausbau von Landesstraßen bis 3 Mio. Euro Gesamtkosten je Maßnahme, Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplans und Radwegebau an bestehenden Landesstraßen)

241. Für welche konkreten Maßnahmen des Landesstraßenbedarfsplans strebt die Landesregierung bis zum Ende der Legislaturperiode einen Planfeststellungsbeschluss an?

242. Nach welchen Dringlichkeitskriterien bzw. Verteilungsschlüsseln werden bzw. sollten die zur Verfügung stehenden Bundesmittel für Verkehrsinfrastruktur und Nahverkehr (Bundesfernstraßen, Bundesschienenwege, SPNV, ÖPNV, kommunaler Straßenbau) nach Auffassung der Landesregierung künftig eingesetzt bzw. den Bundesländern zugeteilt werden?

243. Was hat die Landesregierung bisher unternommen bzw. wird sie noch unternehmen, um eine Veränderung der jeweiligen Verteilungsschlüssel zu erreichen?

244. Wie bewertet die Landesregierung den Koalitionsvertrag 2013-2017 von CDU/CSU und SPD auf Bundesebene in Bezug auf die nachhaltige Infrastrukturfinanzierung, die Finanzausstattung des Bundesfernstraßenbedarfsplanes und die Reform der Nahverkehrsfinanzierung für Schiene und Straße (Regionalisierungs- und Entflechtungsmittel)?

245. Wie bewertet die Landesregierung die vom Bundesverkehrsminister vorgelegten Eckpunkte für eine "Infrastrukturabgabe"?

246. Welche konkreten Änderungen an dem in den Eckpunkten skizzierten Konzept schlägt die Landesregierung vor und auf welche Weise beteiligt sie sich am Abstimmungsprozess?

247. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass es im Zusammenhang mit der "Infrastrukturabgabe" zu Mehrbelastungen der deutschen Autofahrer kommen wird?

248. Welche konkreten Maßnahmen ergreift sie, um entsprechende Mehrbelastungen zu verhindern?

249. Wann konkret wird eine "Infrastrukturabgabe" in Deutschland nach Einschätzung der Landesregierung erhoben?

250. Welche Mehr-Investitionen in das Straßennetz in Nordrhein-Westfalen erwartet die Landesregierung auf Basis einer entsprechenden Abgabe?

251. Welche Auswirkungen auf den grenzüberschreitenden Verkehr aus den und in die Nachbarstaaten Nordrhein-Westfalens erwartet die Landesregierung mit Blick auf die geplante "Infrastrukturabgabe"?

252. Wie bewertet die Landesregierung den Abschluss von längerfristigen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen im Bereich Schiene und unter welchen Voraussetzungen könnten positive Wirkungen auch für die Straßenfinanzierung erreicht werden?

253. Welche Ansatzpunkte sieht die Landesregierung, um Effizienz und Wirtschaftlichkeit bei Mitteleinsatz und Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur weiter zu verbessern?

254. Wie bewertet die Landesregierung die Möglichkeiten, die Zuständigkeiten für das Straßennetz neu zu ordnen, um die Funktionalität der Netze zu steigern und die Infrastrukturverwaltung zu optimieren?

255. Ist die derzeitige Organisationsstruktur bei den Ländern auf die künftigen Anforderungen eines optimierten leistungsfähigen Netzes der Fernverkehrsverbindungen in der Mitte Europas ausreichend vorbereitet?

256. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um die Akzeptanz von Infrastrukturprojekten bzw. -maßnahmen in Nordrhein-Westfalen in der Bevölkerung zu erhöhen?

257. Welche weiteren Maßnahmen plant die Landesregierung, um die Akzeptanz von Infrastrukturprojekten bzw. -maßnahmen in Nordrhein-Westfalen in der Bevölkerung zu erhöhen?

VI. Energiepolitik

258. Wie bewertet die Landesregierung den von der Bundesregierung beschlossenen Gesetzentwurf zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)?

259. Welche Auswirkung wird dieser auf den Standort Nordrhein-Westfalen und seine Verbraucher haben?

260. Wie bewertet die Landesregierung die vorgesehene flexible zeitliche Degression der EEG-Vergütungssätze?

261. Wie bewertet die Landesregierung insbesondere die Degression bei den Photovoltaikvergütungssätzen? Haben sich der "Atmende Deckel" und insoweit die Vereinbarungen des "Solar-Kompromisses" im Vermittlungsausschuss bewährt?

262. Welche konkreten Maßnahmen wird sie dahingehend ergreifen?

263. Welche konkreten Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um dem kontinuierlichen und rasanten Anstieg der Energiekosten entgegenzuwirken?

264. Welche konkreten Maßnahmen ergreift sie in diesem Zusammenhang mit besonderer Berücksichtigung von privaten Stromkunden?

265. Welche konkreten Maßnahmen ergreift sie in diesem Zusammenhang mit besonderer Berücksichtigung des Mittelstands in Dienstleistung, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft?

266. Welche konkreten Maßnahmen ergreift sie in diesem Zusammenhang mit besonderer Berücksichtigung der energieintensiven Industrie in Nordrhein-Westfalen?

267. Wie bewertet die Landesregierung das Problem unrentabler fossiler Kraftwerke vor dem Hintergrund des Einspeisevorrangs erneuerbarer Energien?

268. Welche Bedeutung misst die Landesregierung grundsätzlich fossilen Kraftwerken zu?

269. Wie bewertet die Landesregierung den Vorschlag des Vorsitzenden der IG BCE zur Gründung einer sogenannten "Kohlestrom AG"?

270. Wie bewertet die Landesregierung die mögliche Option, Rückstellungen für den Rückbau von Atomkraftwerken und der Endlagerung in eine öffentlich-rechtliche Stiftung zu überführen?

271. Wie bewertet die Landesregierung die mögliche Option, zur Sicherung der Rückstellungen für den Rückbau von Atomkraftwerken und der Endlagerung sämtliche fossile Kraftwerke und Atomkraftwerke in eine privat-rechtliche Stiftung zu überführen?

272. Hält die Landesregierung den Neubau moderner, leistungsstärkerer und umweltfreundlicherer fossiler Kraftwerke als Ersatz für ältere Kraftwerke für sinnvoll? Inwieweit legt sie hier Wert auf Technologieneutralität?

273. Welche entsprechenden Rahmenbedingungen schafft die Landesregierung dahingehend?

274. Welche entsprechenden Möglichkeiten plant die Landesregierung dahingehend im Rahmen des neuen Landesentwicklungsplans zu schaffen?

275. Wie groß war das Volumen der von sämtlichen - also privaten, öffentlichen und gewerblichen - Stromkunden in Nordrhein-Westfalen gezahlten EEG-Umlage im Jahr 2013?

276. Wie groß war der Anteil am entsprechenden Volumen der von sämtlichen Stromkunden in Deutschland gezahlten EEG-Umlage, der nach Nordrhein-Westfalen geflossen ist?

277. Hält die Landesregierung die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien grundsätzlich für wettbewerbsfähig?

278. Wenn nein: Welche konkreten Maßnahmen plant sie, um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern?

279. Wenn ja: Welche Strategien verfolgt sie, um erneuerbare Energien in den entsprechenden Markt zu integrieren?

280. Welchen Zubau an gesicherter Leistung in GW durch konventionelle Kraftwerkskapazitäten in Nordrhein-Westfalen und im Vergleich zum Bundestrend bis zu den Jahren 2020 und 2025 erwartet die Landesregierung?

281. Welche Entwicklung bezüglich der Stromnachfrage und dem Angebot an gesicherter Leistung in Nordrhein-Westfalen bis zu den Jahren 2020 und 2025 erwartet die Landesregierung? (bitte nach Energieträger differenzieren)

282. Wie viele Wind- und Solarenergieanlagen mit jeweils welcher gesicherten Leistung sind in den Jahren 2010 bis 2013 in Nordrhein-Westfalen ans Netz gegangen?

283. Welchen tatsächlichen Zubau an installierter Leistung durch Windenergieanlagen in Nordrhein-Westfalen bis zu den Jahren 2020 und 2025 erwartet die Landesregierung?

284. Welchen tatsächlichen Zubau an installierter Leistung durch Solarenergieanlagen in Nordrhein-Westfalen bis zu den Jahren 2020 und 2025 erwartet die Landesregierung?

285. Auf welche Weise unterstützt die Landesregierung die Europäisierung der Energiepolitik jeweils in den Bereichen grenzüberschreitender Netzausbau, Förderung des Wettbewerbs mittels Binnenmarktharmonisierung, Schaffung einheitlicher europäischer Rahmenbedingungen für die Förderung erneuerbarer Energien, Abbau von Energiesubventionen, Kapazitätsmechanismen?

286. Welche Hürden sieht die Landesregierung beim Ausbau der dafür notwendigen Kuppelstellen, und welche Maßnahmen ergreift sie dahingehend?

Christian Lindner
Christof Rasche
Dietmar Brockes
Ralph Bombis
Ralf Witzel
Angela Freimuth
Kai Abruszat
Ulrich Alda
Holger Ellerbrock
Yvonne Gebauer
Marcel Hafke
Henning Höne

und Fraktion